

Europa: vom Angebot zum Sachzwang

Ist die EU ein einiger Akteur mit weltpolitischem Gewicht oder ein loser Verbund einzelner Staaten?

Politökonomisch hatte der Euro den Zweck, einen Gegenblock zu Dollar, Yen und Co. zu bilden. Doch die Euro-Staaten haben politisch nicht fusioniert – und konkurrieren weiter gegeneinander. Das hat Folgen.

Von Wim Zimmer

Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis hat sich bei seinen Kollegen in der Eurozone sehr unbeliebt gemacht. Denn auf den regelmäßigen Eurogruppen-Treffen der vergangenen Monate nervte der Wirtschaftsprofessor die anderen Finanzminister mit langen Vorträgen über Ökonomie, hieß es. Er sei ein Spinner und Amateur.

Der Vorwurf ist bemerkenswert. Schließlich schien es in den Verhandlungen ja um Ökonomie zu gehen, um die griechische nämlich. Doch hat der ganze Prozess gezeigt: Tatsächlich ging es um etwas ganz anderes. Nämlich ums Prinzip – um die grundsätzliche Frage, wer in Europa das Sagen hat. Wer in Europa Hausaufgaben aufgibt, und wer sie machen muss.

Im Streit zwischen der griechischen Regierung und ihren Gläubigern aus EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist es zum Eklat gekommen. Varoufakis und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble personifizieren die beiden unvereinbaren Pole. Unvereinbar sind sie nicht, weil der Grieche ein ökonomisch verrücktes Anliegen hätte. Sondern weil Schäuble ein ganz anderes hat.

Zurück zum Ausgangspunkt: Was war das Anliegen der griechischen Regierung? Als das Land vor fünf Jahren vor der Zahlungsunfähigkeit stand, weil private Anleger ihm kein Geld mehr liehen, sprangen die Eurostaaten mit Milliardenkrediten ein. Diese »Hilfe« wurde gewährt, um die Finanzstabilität und die Banken der Eurozone zu bewahren. Denn man fürchtete, eine griechische Pleite würde schrittweise die Kreditwürdigkeit anderer Euroländer und am Ende der ganzen Währungsunion untergraben. So retteten die Gläubigerländer sich vor den Folgen eines griechischen Zahlungsausfalls.

Als Gegenleistung für diese Kredite wurde ein extrem hartes Sparprogramm von Athen verlangt: Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen, Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Sozialabbau. Ergebnis war ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, wie es ihn sonst nur Kriege zeitigen. Jeder dritte Grieche gilt heute als arm. Die Schuldenlast ist gestiegen statt zu sinken.

Ausgehend davon forderte die neue Regierung in Athen ab Februar 2015 eine Rücknahme der Sparauflagen, einen Schuldenschnitt und eine Bekämpfung der humanitären Krise. Denn das Sparprogramm der Gläubiger sei gescheitert. Bemerkenswert: Dieser Befund wird eigentlich von niemandem bestritten, auch von den Gläubigern nicht. Dennoch blieben sie unnachgiebig, gewährten keine Erleichterungen und beharrten auf einem Argument: Griechenland muss die Vereinbarungen einhalten, seine »Hausaufgaben« machen.

Deutlich drückte dies Thiess Büttner vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums in einem Gastbeitrag für das »Handelsblatt« aus: Eine Nachbesserung des Programms für Griechenland dürfe es nicht geben, »selbst wenn dies zu einer Stärkung der griechischen Wirtschaft führen würde«, schrieb er. »Denn das Aufkündigen der Vereinbarungen nach einer Wahl stellt jede Auflage grundsätzlich in Frage.«

Anders gesagt: Es geht nicht um den Inhalt der Vereinbarungen, sondern um ihre Geltung. Es geht nicht um die Sinnhaftigkeit der Auflagen – ihre Einhaltung ist der ganze Sinn. Diese Haltung spiegelt die aktuelle Krise und Situation der EU und der Eurozone wider.

Einerseits haben sich die europäischen Staaten zusammengetan, weil sie allein zu klein und schwach sind, die Ziele zu erreichen, die sie sich vorgenommen haben. Angesichts von Machtblöcken wie den USA, Russland und China stellte Außenminister Frank-Walter Steinmeier kürzlich



Merkels Mantra: Europa so »wettbewerbsfähig« wie Deutschland?

Foto: AFP/Johannes Eisele

wieder einmal klar: »Europa verfügt nur vereint über weltpolitisches Gewicht.« Auf den Euro übertragen: In der Währungskonkurrenz zum US-Dollar, zum japanischen Yen und bald zum chinesischen Renminbi müssen die Eurostaaten ihre nationalen Gelder zusammenlegen, um einen Gegenblock zu bilden.

Soweit zum politökonomischen Zweck der Konstruktion. Ihr Widerspruch jedoch bleibt: Die EU-Staaten haben nicht fusioniert. Sie sind nicht zum einheitlichen Staat geworden. Sie bleiben souveräne Nationalstaaten, die gegeneinander konkurrieren und ihre Konkurrenzenerfolge und -niederlagen getrennt abrechnen, jeder für sich. Ihre Kooperation besteht in einem gemeinsamen Regelwerk, dem sich die einzelnen Staaten unterwerfen, Souveränität abgeben, allerdings jeder Staat zu dem Zweck, einen Nutzen für sich aus dem Arrangement zu ziehen. EU wie auch Eurozone bleiben in ihrem Bestand abhängig davon, dass die Staaten diesen Regeln zustimmen. EU und Eurozone sind damit prinzipiell widerruflich.

Die globale Finanzkrise und die Eurokrise haben nun eine Bilanz gezogen und die europäischen Staaten geteilt: in Konkurrenzverlierer – die Schuldner – und in die Gewinner, die Gläubiger. Die ab 2010 anstehende Pleite der Verlierer hätte nicht nur den Gläubigern ökonomisch geschadet. Sie gefährdete auch den Bestand der gesamten Währungsunion. Siehe Griechenland.

Diese Gefahr wurde zwar durch zwischenstaatliche Kredithilfen und neue Regeln für Sparsamkeit und »Wettbewerbsfähigkeit« gebannt, hinterließ aber jede Menge Unzufriedenheit: Bei Geldgebern wie Deutschland existiert die Beschwerde, für die »faulen Südländer« zu zahlen. Die Schuldner wiederum sehen

sich vom Ausland unterjocht, weil der Preis für die finanzielle Rettung darin besteht, dass ihnen die Gläubiger nun ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik vorschreiben können.

Beworben werden diese Auflagen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik von ihrem Konstrukteur – der Bundesregierung – wiederum mit dem Verweis auf die Alternativlosigkeit: Ihr müsst euch dem gemeinsamen Regelwerk unterwerfen, denn auf euch allein gestellt seid ihr alle zu klein, ökonomisch wie politisch. »Europa kann in der internationalen Konkurrenz mit aufstrebenden

Nach innen werden die Regierungen auf Linie gebracht und das Diktat von Sparsamkeit und Lohnsenkungen durchgesetzt. Kritikern von EU und Eurozone wird am Fall Griechenland und Ukraine demonstriert, dass es weder ökonomisch noch geopolitisch eine Alternative gibt zur Unterordnung unter die Gemeinschaft.

Mächten wie China oder Brasilien nur bestehen, wenn es so wettbewerbsfähig wie Deutschland wird«, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und: »Vor allem müssen wir die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ins Zentrum unserer Bemühungen stellen. Denn nur ein wettbewerbsstarkes Europa hat Gewicht in der Welt.«

Dennoch sind bei den Eliten der europäischen Staaten Zweifel am nationalen Nutzen des supranationalen Konstrukts EU/Eurozone aufgekommen. Die partielle Souveränitätsaufgabe scheint sich nicht mehr auszuzahlen. Ergebnis ist der Aufstieg meist rechter, sogenannter »europakritischer« Parteien, die einen Austritt ihres Landes aus der EU, dem Euro fordern oder zumindest eine Änderung geltender Verträge, so wie Großbritannien. Oder eben Griechenland.

Diese Forderung untergräbt nun das, was EU/Eurozone überhaupt ausmacht: die Einhaltung der vereinbarten Verträge, die Unterwerfung autonomer, formal souveräner Staaten unter das gemeinsame Regelwerk. Das ist »Europa«. Werden diese Vereinbarungen gekündigt oder verändert, schwächt dies das Gesamtkonstrukt. Jedes Stück Souveränität, das ein Staat zurückgewinnt, verliert die EU oder die Eurozone. Die Frage liegt vor: Ist die EU ein einiger Akteur mit weltpolitischem Gewicht oder ein loser Verbund einzelner Staaten?

Diese Frage treibt vor allem jene Politiker um, die den anderen Staaten die gemeinsamen Regeln per Fiskalpakt und Europäischem Semester vorgeschrieben haben: die Bundesregierung. Daher warnt Schäuble: Gibt man der griechischen Regierung nach, würde dies die »Glaubwürdigkeit des Euro« beschädigen. Oder Merkel: »Wir werden nicht unsere fiskalischen Prinzipien opfern, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten.« Oder die Commerzbank: »Mit einem faulen Griechenland-Kompromiss wäre der Stabilitäts- und Wachstumspakt endgültig Geschichte.«

Populär ausgedrückt wird dieses Dilemma mit »Wenn wir den Griechen Erleichterungen gewähren, dann kommen die Portugiesen, Spa-

nier, Iren ... und wollen auch«. Mit dem Rütteln an geltenden Vereinbarungen steht nicht nur das Projekt einer europäischen Weltmacht auf dem Spiel, sondern gleichzeitig die Autorität der europäischen Hauptmacht Deutschland. Daher die Unnachgiebigkeit eines Wolfgang Schäuble in der Griechenland-Frage. Es geht ihm ums Prinzip – nicht um die griechische Wirtschaft oder den deutschen Steuerzahler.

Die Krise in der Ukraine ist vor diesem Hintergrund eine Gefahr und eine Gelegenheit zugleich. Der Widerstand Russlands gegen ein EU-Erweiterungsprojekt demonstriert den europäischen Staaten, dass sie selbst als Gemeinschaft gar nicht in der Lage sind, ihre Interessen militärisch abzusichern. Sie bleiben angewiesen auf die Militärmacht USA, die gegen Russland zum Teil andere Ziele verfolgt. »Fuck the EU«, dieser Satz von Präsident Obamas europapolitischer Beraterin Victoria Nuland wies den Europäern ihren geopolitischen Platz zu.

Insofern hat der Ukraine-Konflikt das Potenzial, die europäischen Staaten trotz all ihrer Konkurrenz enger aneinander zu schmieden. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee und eines gemeinsamen Militärsektors zur höchsten Priorität erhoben: »Zur Anpassung an die sich rasch ändernden Herausforderungen im Bereich der Sicherheit muss sich die EU auf zivile und militärische Fähigkeiten stützen können«, sagte er – ausgerechnet – am 8. Mai.

Gleichzeitig haben die Chefs von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank, Eurogruppe und EU-Parlament einen Plan vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion in den nächsten zehn Jahren »vollendet« werden kann. Teil des Plans ist eine gemeinsame »Außenvertretung«, um international »das gesamte politische und wirtschaftliche Gewicht der EU in die Waagschale zu werfen«, so die Pressemitteilung der Kommission. Dies würde zwar die weitere Abgabe von Souveränität der Staaten an die EU bedeuten. So will es die EU-Kommission aber nicht sehen. Sie sagt, es gehe nicht um die Aufgabe von Souveränität, sondern um die »gemeinsame Ausübung von Souveränität«, sprich: um die globale Macht der EU, die für die einzelnen EU-Staaten nur gemeinsam zu haben ist, durch Unterwerfung unter die Zentrale.

So verläuft der Fortschritt Europas: Nach außen sucht die EU die Nähe zu den USA. Hierfür steht die öffentlichkeitswirksame Wiederbelebung der G7-Gipfel ohne Russland und die Stärkung der NATO. Derzeit läuft »die größte Verstärkung unserer kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Kriegs«, warb NATO-Generalsekretär Stoltenberg. Dazu kommt der feste Willen zum Freihandelsabkommen EU-USA. Denn »TTIP könnte das wichtigste Bollwerk der transatlantischen Einigkeit seit der Gründung der NATO 1949 sein«, schrieb jüngst Jiri Sedivy, Ex-Verteidigungsminister Tschechiens. »TTIP hat das Potenzial, zur strategischen Einheit über den Atlantik beizutragen – ein Ziel, das heute so wichtig ist wie je.«

Nach innen werden die Regierungen auf Linie gebracht und das Diktat von Sparsamkeit und Lohnsenkungen durchgesetzt. Kritikern von EU und Eurozone wird am Fall Griechenland und Ukraine demonstriert, dass es weder ökonomisch noch geopolitisch eine Alternative gibt zur Unterordnung unter die Gemeinschaft – und deren Regeln schreibt die Bundesregierung. Wer diese Regeln anzweifelt, wie die griechische Regierung, wird in die Pleite geschickt.

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro würde zwar ebenfalls die Eurozone schädigen – und geopolitische Risiken beinhalten: »Kann sich Europa wirklich leisten, Athen in Moskau zu treiben?«, fragt die »Financial Times«.

Um diese Gefahr zu bannen, arbeitet man in Europas Hauptstädten auf einen Regierungswechsel in Athen hin. Es ist klar: SYRIZA muss weg. Und »Griechenland bleibt Teil Europas«, betonte Merkel.

Was will Berlin?

Wim Zimmer ist freier Autor und lebt in Berlin. Das Thema wird auch nach dem Referendum die Menschen bewegen – nicht nur in Griechenland. Ob es und in welcher Form zwischen der SYRIZA-geführten Regierung und den Gläubigern weitere Verhandlungen geben wird, ist schwer vorherzusagen.

Athens Finanzminister Yanis Varoufakis geht von einer schnellen Einigung über ein drittes Kreditprogramm aus. Das hat man in Berlin und Brüssel lauthals zurückgewiesen. Aber: Der Chef des Rettungsschirms EFSF hat schon erklärt, ein neues Programm werde nicht so harte Auflagen enthalten müssen. Ein roter Teppich – aber für wen?

Ist der Euro-Austritt Griechenlands unausweichlich, wie deutsche Politiker gern unterstellen? Wo liegen überhaupt die Differenzen zwischen Gläubigern und griechischer Regierung? Und vor allem: Warum zeigt sich die Bundesregierung so unnachgiebig, worum geht es ihr?

Antworten auf diese und andere Fragen gibt Stephan Kaufmann an diesem Montagabend in Berlin. Die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung beginnt um 19 Uhr im Haus am Franz-Mehring-Platz 1 im Salon (1. Obergeschoss). Mehr Infos unter: www.rosalux.de